



18. Wahlperiode

HESSISCHER LANDTAG

Drucksache 18/ 7505
14.06.13/Ka.

Wi! 14/06/13

INA

Dringlicher Berichts Antrag

der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

betreffend Blockupy – Beunruhigende Beschränkung der Demonstrationstfreiheit

Die Landesregierung wird ersucht, im Innenausschuss über folgenden Gegenstand zu berichten:

Polizeistrategie

1. Wie steht der Innenminister zur Blockupy Demonstration am 1. Juni 2013 in Frankfurt am Main?
2. Gab es eine polizeiliche Strategie für die Blockupy Demonstration am 1. Juni 2013?
 - a) Was war das Ziel der polizeilichen Strategie für die Blockupy Demonstration am 1. Juni?
 - b) Wie war die polizeiliche Strategie für die Blockupy Demonstration am 1. Juni 2013 angelegt, um das Ziel zu erreichen?
 - c) Wer entwickelte die polizeiliche Strategie für die Blockupy Demonstration am 1. Juni 2013?
 - d) Auf welchen Gefahreinschätzungen basierte die polizeiliche Strategie für die Blockupy Demonstration am 1. Juni 2013?
 - e) Wer erstellte die polizeiliche Gefahrlagenanalyse für den Umgang mit der Blockupy Demonstration am 1. Juni 2013?
 - f) Welche Informationen über die anreisenden Demonstrantengruppen und deren Absichten lagen der Polizei vor, um die Einsatzstrategie für den 1. Juni 2013 festzulegen?
 - g) Lagen der Polizei vor Beginn der Demonstration vom 1. Juni 2013 auch Informationen darüber vor, dass einzelne Demonstrationsteilnehmer verbotene Gegenstände mit sich führen würden und wie konkret waren diese Hinweise?

3. Wurde bei der Einsatzplanung im Vorfeld der Demonstration am 1. Juni 2013 die Einkesselung von Demonstranten des so genannten ‚Schwarzen Blocks‘ besprochen und dann als konkrete Maßnahme beschlossen?
4. Wer war an dieser Einsatzplanung beteiligt?
5. Wer aus dem LPP und dem HMdIuS wurde über diese konkrete Einsatzplanung informiert?
6. War der Innenminister, der Staatssekretär, die Leitung des Landespolizeipräsidiums oder andere Mitarbeiter des LPP sowie der Frankfurter Polizeipräsident oder seine Vertretung in die Entwicklung der polizeilichen Strategie für die Blockupy Demonstration am 1. Juni 2013 eingebunden oder wurde die genannten darüber informiert?
 - a) Wenn ja: wie?
 - b) Wenn ja: wann?
 - c) Wenn nein: wer sonst aus dem HMI war eingebunden?
7. Wurde die Polizeistrategie mit der Stadt Frankfurt am Main im Vorfeld abgestimmt?
 - a) Wenn ja, wann, durch wen und mit wem?
 - b) Wenn nein, warum nicht?
8. Zu welchem Ergebnis kam die im Vorfeld durchgeführte Gefahrenanalyse und wurden über die durchgeführte Einkesselung auch weitere Handlungsoptionen im Vorfeld der Demonstration besprochen?
 - a) Wenn es weitere Handlungsoptionen gegeben hat, welche waren dies?
 - b) Wie wurden die bestehenden Handlungsoptionen vor der Einkesselung am 1. Juni 2013 gegeneinander abgewogen?
 - c) Warum wurde statt der durchgeführten Einkesselung keine andere Handlungsoption umgesetzt?
 - d) Welche Bedeutung hatte bei der Entscheidungsfindung die Tatsache, dass die Streckenführung des Demonstrationszuges im Vorfeld von der Polizeiführung „abgesprochen“ und örtliche Einsatzmöglichkeiten geprüft worden waren?
 - e) An welchen Stellen hätte es noch die Möglichkeit gegeben, den Demonstrationszug zu stoppen, um zu veranlassen, dass verbotene Gegenstände, die mitgeführt worden waren, abgelegt werden?
 - f) Wer war dem Entscheidungsprozess zur Festlegung der Handlungsoptionen zu welchem Zeitpunkt eingebunden?

9. Welche Rolle spielten die kapitalismuskritische Demonstration vom 31. März 2012 und die Blockupy Demonstration 2012 in Frankfurt am Main bei der Erstellung der polizeilichen Strategie und Gefahreneinschätzung?
10. Sieht der Innenminister einen Zusammenhang zwischen der kapitalismuskritischen Demonstration vom 31. März 2012 und der Blockupy Demonstration 2013 in Frankfurt am Main?
 - a) Wenn ja: Welchen?
11. In welcher Weise wurde der Innenminister über den Verlauf der Demonstration und die polizeilichen Maßnahmen fortlaufend in Kenntnis gesetzt?
 - a) Von wem erhielt er die einzelnen SMS-Mitteilungen?
 - b) Welchen Inhalt hatten diese Mitteilungen?
 - c) In welchem Umfang hielt er am 1. Juni 2013 über die erhaltenen SMS hinaus Kontakt zu Sts. Koch, die Leitung des LPP oder den PP [REDACTED]?
12. Weshalb hatte der Innenminister keine Sorge, dass das Demonstrationsrecht durch die Einkesselung und die zeitlichen Abläufe über die Maßen beschränkt würde?
13. Wurden die polizeilichen Maßnahmen während der Demonstration, insbesondere die Einkesselung mit der Stadt Frankfurt am Main abgestimmt?
 - a) Wenn ja, durch wen und mit wem?
 - b) Wenn ja, wann und wie häufig?
 - c) Wenn nein, warum nicht?
14. Welche polizeilichen Deeskalationsmaßnahmen wurden geplant und vorgenommen?
 - a) Welche Rolle spielten die so genannten Kommunikatoren der Polizei und wie wurden sie am 1. Juni 2013 eingesetzt?
15. Begrüßt der Innenminister die Ankündigung der Veranstalter, auch 2014 eine Blockupy Demonstration in Frankfurt am Main durchzuführen?
16. Wie schätzt der Innenminister die Auswirkungen des polizeilichen Umgangs mit der Blockupy Demonstration am 1. Juni 2013 in Frankfurt am Main für die geplante Blockupy Demonstration 2014 ein?
 - a) Geht der Innenminister von einem Abschreckungseffekt gegenüber den Blockupy-Demonstranten aus?

- b) Erwartet der Innenminister angesichts des massiven Einsatzes unmittelbaren Zwangs bei der Blockupy Demonstration 2013 eine Radikalisierung der Blockupy-Demonstranten in 2014?
17. Auf welche Weise wurde Sts. Koch – unabhängig von SMS-Nachrichten über die Vorgänge am 1. Juni 2013 informiert
- a) in welchem Umfang wurden er oder die Leitung des LPP über die jeweils beabsichtigten polizeilichen Maßnahmen informiert?
- b) Was wurde zwischen Sts. Koch und den Vertretern des LPP am 1. Juni 2013 in Bezug auf das polizeiliche Vorgehen erörtert und was wurde veranlasst?
18. War der Sts am Tag der Demonstration im Lagezentrum des HMdIuS zugegen?
19. War der Sprecher des Ministeriums K. [REDACTED] im Lagezentrum des HMdIuS zugegen?
20. Ab wann war der Sprecher des Ministerium K. [REDACTED] in der Frankfurter Einsatzzentrale oder im Umfeld des Polizeieinsatzes anwesend?

Übergriffe auf die Polizei und Verletzung des Demonstrationsrechts

1. Nach dem Polizeibericht wurde eine Polizistin von einem Pflasterstein getroffen und ein Polizist durch einen gezielten Schlag mit einem unbekanntem Gegenstand in den Unterleib verletzt.
- a) Trifft es zu, dass der Angriff gegen den Polizisten mit einem Schraubenzieher ausgeführt wurde?
- b) Falls nein: ist bekannt mit welcher Waffe der Angriff ausgeführt wurde?
- c) Wurden die Täter ermittelt?
- d) Wann und bei welcher Gelegenheit wurden die Taten ausgeführt?
2. Im Innenausschuss wurde berichtet, Polizisten wären von Demonstranten mit Latzen/Stangen angegriffen worden.
- a) Wie liefen diese Angriffe ab?
- b) Wurden dabei Polizisten mit Latten/Stangen tatsächlich geschlagen?
- c) Wann und wo?
- d) Wurden die Täter festgestellt? Falls nein: warum nicht?

3. Die Polizei berichtet, dass aus der Demonstration Pyrotechnik gezündet worden wäre.
 - a) Wie viele Fälle des Zündens von Pyrotechnik aus dem Demonstrationszug vor dessen Teileinkesselung gab es?
 - b) Welche Art Pyrotechnik wurde gezündet?
 - c) Wie wurde festgestellt, welche Art Pyrotechnik gezündet wurde?
 - d) Wurde Pyrotechnik gezielt auf Polizisten abgefeuert?
 - e) Wohin wurde die Pyrotechnik abgefeuert, geworfen oder sonst zur Explosion gebracht?
 - f) Wann und wo wurde die Pyrotechnik gezündet?
 - g) Von wem wurde die Pyrotechnik gezündet?
 - h) Bestand aufgrund der gezündeten Pyrotechnik eine unmittelbare Gefahr für die eingesetzten Polizeibeamten vor Ort, unbeteiligten Dritte oder dass Gebäude bzw. Sachen beschädigt worden wären?
 - aa) Wenn ja, warum?
 - bb) Wenn nein, warum nicht?
4. Nach der Beendigung der Demonstration wurde von der Polizei weitere Pyrotechnik gefunden.
 - a) Wie viel Stück welcher Art Pyrotechnik wurden nach Beendigung der Demonstration gefunden?
 - b) Wo und bei wem wurde die Pyrotechnik nach Beendigung der Demonstration gefunden?
 - c) Bei wie vielen Personen wurde Pyrotechnik gefunden?
5. Bei den Einkesselten wurden von der Polizei Gegenstände beschlagnahmt.
 - a) Um welche Gegenstände in jeweils welcher Anzahl handelte es sich genau?
 - b) Wurden solche Gegenstände zur Gewaltanwendung insbesondere gegen Polizisten eingesetzt?
 - c) Wenn ja: welche, wie und wie oft bei welchen Gelegenheiten genau?
 - d) Durch wen?

- e) Wie viele der eingekesselten Personen, bei denen solche Gegenstände gefunden wurden, waren erkenntnisdienlich bereits erfasst oder sonst einschlägig bekannt?
6. Lagen der Polizei Erkenntnisse darüber vor, dass sich innerhalb des eingekesselten Demonstrationsbereichs auch Teilnehmer befanden, die nicht vermummt gewesen sind und denen auch keine verbotenen Gegenstände zugerechnet werden konnten?
- a) Wenn ja, welche Bedeutung hatte dies für die Polizei bei der Planung und Durchführung ihrer Maßnahmen?

Polizeiingriffe

1. Weshalb wurde nicht bereits vor Beginn der Demonstration unmittelbar nach der Feststellung, dass verbotene Gegenstände mitgeführt wurden und sich einzelne Demonstranten vermummt hatten, darauf hingewirkt, dass diese Gegenstände niedergelegt und die Vermummung abgelegt wurde?
2. Weshalb wurde nicht unmittelbar nach der Feststellungen der Störungen durch Pyrotechnik u.a. an Ort und Stelle eingegriffen, um diese Störungen zu unterbinden?
3. Weshalb wurde die polizeiliche Einkesselung eines Demonstrationsteils an exakt dieser Stelle vorgenommen?
4. Aus welchen Tatsachen genau leitet die Landesregierung die Einschätzung her, dass die eingekesselte Gruppe in ihrer Gesamtheit Straftaten und/oder Störungen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung begehen werde?
5. Nach welchen Kriterien erfolgte die Abgrenzung des betroffenen Demonstrationsteils?
6. Wie sollte sichergestellt werden, dass ausschließlich Störer oder gewaltbereite Gruppen durch die Einkesselung an der Ausübung ihres Demonstrationsrechts gehindert werden?
7. Weshalb wurde dem verbleibenden Demonstrationzug nicht der Weiterzug auf der gerichtlich genehmigten Route angeboten?
8. Trifft es zu, dass nach den erfolglosen Verhandlungen mit der Versammlungsführung entgegen vorheriger Zusagen der Polizei die Personalien aller Einkesselten polizeilich erfasst werden sollten? Zu welchem Zweck?
9. Weshalb wurde Einkesselten ohne Vermummung oder Bewaffnung nicht erlaubt, ohne Feststellung der Personalien den Kessel zu verlassen, um sich weiter an der Demonstration zu beteiligen?
10. Wie viele Personen wurden eingekesselt?
11. Wie viele der eingekesselten Personen wurden erkenntnisdienlich behandelt?

12. Wie viele der erkennungsdienstlich behandelten Personen waren bereits bei der Demonstration am 31. März 2012 oder der Blockupy Demo 2012 in Frankfurt am Main in Erscheinung getreten?
13. Ein Polizist hat nach Presseberichten (FR 04.06.13) eine Frau unmittelbar vor dem Einsatz gewarnt „Gehen sie mit den Kindern weg da, das ist gefährlich“. Wieso wusste der Polizist bereits im Vorfeld, dass der Einsatz an dieser Stelle stattfinden würde?
14. Ein Polizist hat nach Medienberichten (FAZ 04.06.13) einen TV-Journalisten mit den Worten „Hau ab, Du Pisser!“ bei der Ausübung seiner journalistischen Berichtstätigkeit und des Grundrechts auf Pressefreiheit behindert. Ein Fotojournalist berichtete, wie ihn ein Polizist mit dem Ellenbogen gegen den Hals gedrückt habe, so dass er nicht mehr atmen konnte (FAZ 04.06.13). Ein Polizist hat nach Presseberichten (FR 04.06.13) einem Demonstrationsteilnehmer gedroht „ich prügele dir die Birne zu Matsch“.
 - a) Wer sind diese Polizisten?
 - b) Was wird getan um sie zu ermitteln?
 - c) Wie weit sind die Ermittlungen fortgeschritten?
 - d) Wann wird der Abschluss dieser Ermittlungen gerechnet?
 - e) Welche Konsequenzen werden sie zu tragen haben, wenn die Vorwürfe nicht entkräftet werden?
 - f) Hat der Innenminister sich bei den betroffenen Personen entschuldigt?
 - g) Wie sollen solche Entgleisungen künftig verhindert werden?
 - h) Hätten nach Einschätzung des Innenministers durch eine Deeskalationsstrategie diese Entgleisungen verhindert werden können?
15. Wie beurteilt die Landesregierung die Kritik an der Härte des polizeilichen Vorgehens?
 - a) Aus welchen Gründen veranlasste die Polizeiführung den Einsatz von Pfefferspray und Schlagstöcken gegen die Demonstranten?
 - b) Wie beurteilt die Landesregierung die Tatsache, dass bei diesem Einsatz auch Journalisten verletzt worden sind?
16. Auf welche Weise wurde der Einsatz der Polizei bei der Auflösung der Demonstration dokumentiert?
 - a) Wann und auf welche Weise erfolgt eine Auswertung dieser Dokumentation?

17. Seit wann besteht die Arbeitsgruppe, die beim PP Frankfurt am Main, die Vorgänge und den Polizeieinsatz vom 1. Juni 2013 aufarbeiten soll?
- a) Wer ist Mitglied in dieser Arbeitsgruppe?
 - b) Auf welche Weise ist das Landespolizeipräsidium in die Arbeitsgruppe und deren Tätigkeit eingebunden?
 - c) Welche Rolle spielen bei der Aufarbeitung polizeitaktische Erwägungen vom 1. Juni 2013 und die Abwägung anderer Handlungsoptionen als die durchgeführten polizeilichen Maßnahmen?
 - d) Wann wird Ergebnissen der Arbeitsgruppe z rechnen sein?
 - e) Wann und auf welche Weise beabsichtigt der Innenminister, die Mitglieder des Innenausschusses über die Arbeit und Ergebnisse der eingesetzten Arbeitsgruppe zu informieren?

Verhältnismäßigkeit

1. Sind dem Innenminister die Kriterien der Verhältnismäßigkeit staatlicher Eingriffe bekannt?
2. Weshalb wurde nicht eine andere breitere Stelle der Straßenführung zur Einkesselung gewählt, so dass der verbleibende, überwiegende und friedliche Teil der Demonstration gegebenenfalls daran vorbei auf der gerichtlich genehmigten Route hätte weiter demonstrieren können?
3. Weshalb wurde nicht anstatt der Einkesselung eine Seitenbegleitung der Demonstration vorgenommen, so wie sie weitgehend erfolgreich bei Blockupy 2012 in Frankfurt am Main durchgeführt wurde?
4. Welche anderen Mittel hätten zur Verfügung gestanden, die Störungen aus dem Demonstrationzug zu unterbinden?
5. Weshalb war die dauerhafte Einkesselung der Demonstranten über neun Stunden erforderlich?
6. Auf welche Weise wurde von der Polizeiführung während des Verlaufs der Einkesselung und der Verhandlungen geprüft, ob die aufrechterhaltene polizeiliche Maßnahme angesichts des fortschreitenden Zeitablaufs noch verhältnismäßig war?
 - a) Durch wen wurde diese begleitende Prüfung der Verhältnismäßigkeit der polizeilichen Maßnahme durchgeführt?
 - b) Aus welchen Gründen kam die begleitende Prüfung zu dem Ergebnis, dass eine letztlich neunstündige Einkesselung verhältnismäßig gewesen ist?
 - c) Auf welche Weise wurden der Einsatzleiter S. [REDACTED], der Polizeipräsident [REDACTED], die Stadt Frankfurt am Main, die Leitung des Landespolizeipräsidiums,

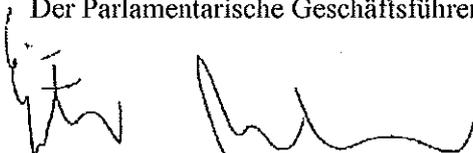
Sts. Koch und der Innenminister Rhein über die Verhältnismäßigkeitsprüfung informiert?

- d) Wir wurde von den unter c) benannten die Tatsache bewertet, dass diese begleitende Verhältnismäßigkeitsprüfung des eigenen polizeilichen Handelns durchgeführt worden ist?
7. Weshalb wurde – ausweislich von Pressefotos und Zeugenberichten - Pfefferspray ohne konkrete Gefahrensituation aus der dritten Polizeireihe gegen eingekesselte Demonstranten eingesetzt, ohne dass von diesen eine aktive Störung ausgeht?
8. Weshalb war der Einsatz von Pfefferspray gegenüber den eingekesselten Demonstranten erforderlich?
9. Welcher Zweck wurde mit der Einkesselung verfolgt?
10. Mit welchen Strategien will der Innenminister den Vertrauensverlust beheben, den eine Vielzahl friedlicher Demonstranten angesichts der übermäßigen Anwendung unmittelbaren Zwangs und der offenbar fehlgeschlagenen Polizeistrategie gegenüber der Polizei erlitten hat?

Wiesbaden, den 14. Juni 2013

Für die SPD-Fraktion

Der Parlamentarische Geschäftsführer



Günter Rudolph

Für die Fraktion

BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN

Der Parlamentarische Geschäftsführer



Mathias Wagner